

Resolution der Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes

Aktiv gegen rechtsextreme Entwicklungen – gegenhalten und durch gute Politik bekämpfen.

Angesichts immer deutlicher zutage tretender rechtsextremistischer Einstellungen erwartet die Vertreterversammlung der Arbeitskammer von allen Demokrat*innen, nicht wegzuschauen, sondern Haltung zu zeigen. Wir fordern die politischen Akteur*innen auf, eine Politik voranzutreiben, die soziale und wirtschaftliche Sicherheit für alle Generationen gewährleistet. Die Bürger*innen haben einen Anspruch auf soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit sowie gerechte Chancen und Teilhabe.

Gerade vor dem Hintergrund des jüngsten rechtsextremen Anschlags in Hanau mit 10 Todesopfern muss sowohl der Staat aber auch jede*r Einzelne sich seiner politischen Verantwortung bewusst werden und Flagge zeigen gegenüber rechtsextremen, rassistischen und antidemokratischen Tendenzen.

Es ist nicht mehr zu übersehen, dass sich eine massiv erstarkende Neue Rechte formiert hat, die sich sowohl in parlamentarischen Strukturen organisiert wie auch in unterschiedlichen Gruppierungen im außerparlamentarischen Umfeld präsentiert. Diese stellen zunehmend eine ernsthafte Bedrohung unserer Demokratie und unserer Republik dar.

Wir als Arbeitnehmervertreter*innen dürfen nicht wegschauen, sondern wir müssen uns einmischen, gegenhalten und uns kraftvoll für demokratische Werte und eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzen. Es muss unstrittig sein, dass alle für unsere Zivilgesellschaft Aktiven von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen können und dürfen. Das klare Bekenntnis zu unserer Verfassung, zu einer offenen, freien, sozialen und demokratischen Gesellschaft und für mehr Menschlichkeit darf nicht in Frage gestellt werden.

Wir als Demokrat*innen in den Parteien, Gewerkschaften und Verbänden müssen gemeinsam Antworten auf die fundamentalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit geben. Für viele Menschen in unserer Gesellschaft sind die Folgen der Globalisierung spürbar und sie empfinden massive Verlustängste. Wir im Saarland stehen vor einem weiteren tiefgreifenden Strukturwandel. Das macht unsere Gesellschaft anfällig für Spaltung und Entsolidarisierung durch Kräfte, die vermeintlich einfache Lösungen versprechen und am Ende eben gerade nicht das Wohl von uns allen im Sinn haben. Für uns als Demokrat*innen ist klar: Menschen, die die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Solidarität nicht achten, sind Gegner*innen unserer Demokratie und unserer Verfassung. Gleichzeitig ist es aber auch unsere Pflicht, mit den Teilen unserer Gesellschaft, die aufgrund der oben beschriebenen Herausforderungen anfällig für diese fadenscheinigen Argumente sind, die realen Grundlagen ihrer Ängste offen und ehrlich zu thematisieren und dafür tragfähige Lösungen zu finden.

Es muss gelingen, den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel und die Transformation zum Wohle aller zu gestalten. Dafür brauchen wir aktive Industrie-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik aber auch chancengerechte Bildungs- und Sozialpolitik. Diese müssen jeweils auf starker und verbindlicher Mitbestimmung sowie umfassender und transparenter Beteiligung sowohl im gesellschaftlichen Leben wie auch im Berufsalltag aufbauen. Dazu gehören ein Mehr an politischer und demokratischer Bildung, Teilhabe und Mitbestimmung an den Schulen, aber auch später im Berufsleben.

Mit guter politischer Arbeit und gerechten Lösungen sowie einer starken Mitbestimmung und selbstbewusst, kritischen Menschen in unserem Land schaffen wir es, die tiefgreifenden Veränderungen zu etwas Positivem werden zu lassen – wir geben uns damit die nötige Sicherheit, um mit Zuversicht zum Wohle aller in die Zukunft zu blicken.